

# BERLIN AKTUELL



**BÄRBEL  
BAS**



**MAHMUT  
ÖZDEMİR**

**NEWSLETTER DER  
DUISBURGER  
BUNDESTAGSABGEORDNETEN**

**FÜR DUISBURG IN BERLIN.**

## IMPRESSUM

HERAUSGEBER - V.I.S.D.P.: MAHMUT ÖZDEMİR, MDB | BÄRBEL BAS, MDB

REDAKTION: JOHANNES JIANG | MANUEL REIß

LAYOUT & DESIGN: JOHANNES JIANG

PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

Texte werden z.T. über die SPD-Bundestagsfraktion bezogen.

[www.baerbelbas.de](http://www.baerbelbas.de)

[www.oezdemir-fuer-duisburg.de](http://www.oezdemir-fuer-duisburg.de)



**Liebe Leserinnen und Leser,**

Deutschlands Innovationskraft ist ein Schlüsselfaktor für wirtschaftlichen Erfolg und gesellschaftlichen Wohlstand. Im Koalitionsvertrag wurde daher vereinbart, die 2006 ins Leben gerufene Hightech-Strategie der Bundesregierung zu einer ressortübergreifenden Innovationsstrategie für Deutschland weiterzuentwickeln. Mit der Frage, wie wir das konkret erreichen wollen, hat sich der Deutsche Bundestag in der vergangenen Sitzungswoche unter Anderem beschäftigt.

Darüber hinaus waren Themen der vergangenen Sitzungswoche die finanzielle Entlastung der Kommunen beim Kita-Ausbau, der Schutz des Stellenwertes des deutschen Meisterbriefes innerhalb der Europäischen Union sowie die Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation von Menschen, die in Deutschland Asyl suchen.

2

Viel Spaß beim Lesen wünschen

Bärbel Bas

Mahmut Özdemir



## Inhaltsverzeichnis

<b>WIRTSCHAFT</b> Deutschlands Innovationsfähigkeit fördern	3
<b>KOMMUNEN</b> Kommunen entlasten – Kita-Ausbau voranbringen	6
<b>HANDWERK</b> Den deutschen Meisterbrief schützen	8
<b>ASYLPOLITIK</b> Situation von Asylsuchenden verbessern	10

## TOP-THEMA

### WIRTSCHAFT

3

## Deutschlands Innovationsfähigkeit fördern

Deutschlands Innovationskraft ist ein Schlüsselfaktor für wirtschaftlichen Erfolg und gesellschaftlichen Wohlstand. Im Koalitionsvertrag wurde daher vereinbart, die 2006 ins Leben gerufene Hightech-Strategie der Bundesregierung zu einer ressortübergreifenden Innovationsstrategie für Deutschland weiterzuentwickeln. Auch um neue Antworten auf die großen technologischen und gesellschaftlichen Veränderungen zu geben.

Am 4. Dezember 2014 debattierte der Bundestag in einer Aussprache erstmals die „neue Hightech-Strategie“ der Bundesregierung (Drucksache 18/2497), die das künftige Leitbild eines innovativen Deutschlands skizziert. Ziel der novellierten Hightech-Strategie sei es, Deutschlands Position als führende Wirtschafts- und Exportnation zu festigen. Politiker/-innen, Wissenschaftler/-innen, Unternehmer/-innen und Gewerkschaften sowie Verbände und Stiftungen auf kommunaler, nationaler oder europäischer Ebene sollen sich daran orientieren können. Zudem sollen noch in diesem Jahr 11 Milliarden Euro investiert werden. Dabei konzentriert sich die Strategie auf sechs Aktionsfelder, nämlich digitale Wirtschaft und Gesellschaft, nachhaltiges Wirtschaften und Energie, innovative Arbeitswelt, gesundes Leben, intelligente Mobilität sowie zivile Sicherheit.



### **Ein attraktiver Wissenschaftsstandort, der für die Zukunft bereit ist**

Der Bundestagsdebatte lagen auch zwei weitere Expertengutachten zugrunde, mit denen die Bundesregierung auf das Gutachten „antwortete“: Ein Gutachten der Expertenkommission Forschung und Innovation von Februar 2014 (Drucksache 18/760 neu) sowie der „Bundesbericht Forschung und Innovation 2014“ (Drucksache 18/1510). Beide geben einen Überblick über die Forschungslandschaft und Innovationskraft Deutschlands im internationalen Kontext.

Für den zuständigen Berichterstatter René Röspel setzen die Berichte positive Signale. „Man sieht vor allem eines, dass Deutschland ein wirklich hervorragender Standort für Wissenschaft und Forschung ist“, sagte der stellvertretende forschungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Plenum. So sei auch die Abwanderung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Deutschland abgewendet worden.

Auch wenn der EFI-Bericht „Licht und Schatten“ zeige, ergänzte Fraktionsvize Hubertus Heil, „wir haben in dieser Großen Koalition in einem Jahr im Bereich Bildung und Forschung mehr auf den Weg gebracht, als in den vier Jahren zuvor erreicht wurde. Darauf bin ich stolz“. Finanziell wie konzeptionell sei man mit der Hightech-Strategie auf einem guten Weg, so Heil. Gerade weil für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissenschaftlicher und technischer Fortschritt zusammengehörten mit sozialem Fortschritt, werde die neue Strategie im Forschungs- und Innovationsbereich „einen Beitrag dazu leisten, dass unser Land erfolgreich bleibt“ und zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen.

4

In der Konsequenz könne man durch den Export nachhaltiger deutscher Produkte, Verfahren und Dienstleistungen nicht nur die eigene Wirtschaft stärken, sondern mit deutscher Forschung und Anwendung auch einen Beitrag dazu leisten, ökologischere, wirkungsvollere Verfahren auf der Welt zu etablieren und auf diese Weise mithelfen, „Menschheitsprobleme“ anzugehen. Dafür müssten jedoch vor allem vier große Fragen geklärt werden, so Heil:

- Was können wir tun, um den demografischen Wandel mit technischem Fortschritt in Deutschland positiv zu begleiten?
- Was können wir tun, um zu erreichen, dass aus der zunehmenden Digitalisierung Positives wird, etwa wenn es um Datensicherheit geht?



- Was heißt „Arbeit 4.0“? Welche Qualifikationsanforderungen brauchen wir in dieser neuen Welt, bei dieser industriellen Revolution?
- Wie kann technischer, naturwissenschaftlicher und wissenschaftlicher Fortschritt dabei mithelfen, mit Mitteln der Industriegesellschaft Probleme zu lösen, die aus der Industriegesellschaft entstanden sind: ökologische Probleme, die Knappheit von Ressourcen, der Klimaschutz?

### **SPD-Akzente für eine ganzheitliche Innovationsstrategie**

Dank der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sei es im Rahmen der Neuausrichtung der Hightech- und Innovationsstrategie zu einer wichtigen Akzentverschiebung gekommen, betonte René Röspel, „weg von einer technologieorientierten Förderung hin zu einer ganzheitlichen Innovationsstrategie“. Bei der Energiewende sei beispielsweise lange zu sehr auf die technische Seite des Wandels geschaut worden und man habe dabei die gesellschaftliche und politische Dimension vernachlässigt. Das sei nun anders. Nun müsse Deutschland zum Beispiel zu einem internationalen Modell für nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Spitzenreiter grüner Technologien weiterentwickelt werden.

5

Es gehe der SPD-Fraktion „immer um Wertschöpfung und Lebensqualität“, fasste Röspel zusammen. Daher werde auch die Arbeitsforschung künftig stärker als bislang gefördert. „Wir wollen, dass Menschen lange, gesund und zufrieden arbeiten können und auf neue Situationen im digitalen Zeitalter eingestellt werden“, sagte Röspel.

Gabriele Katzmarek, Mitglied der Arbeitsgruppe Weltwirtschaft der SPD-Fraktion, betonte: „Deutschland ist in nahezu allen internationalen Rankings, die sich mit Innovationsfähigkeit beschäftigen, zu Recht in Spitzenpositionen“, und diese wolle man behalten. Demografie und Klimawandel, nachhaltige Energie- und Rohstoffversorgung, ein zuverlässiges Gesundheitssystem, soziale Gerechtigkeit – das seien die großen Herausforderungen unserer Zeit, die nur mit Innovationen zu bewältigen seien.

Da man neben technischen auch soziale Innovationen in den Blick nehmen müsse, begrüßte sie wie ihre Fraktionskolleginnen und -kollegen, dass in der neuen Hightech-Strategie „der Mensch“ stärker als zuvor „im Mittelpunkt der Innovationsförderung“ stehe. Das zeige beispielsweise die Einführung eines zusammengehörigen zentralen Themenfeldes „innovative Arbeitswelt“.



### **Innovationen durch „eine Vorwärtsstrategie“**

Rainer Spiering, SPD-Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, lobte die neue Hightech-Strategie als „Vorwärtsstrategie“ und „kluge Gesamtkonzeption“ – mit einem „sehr vernünftigen Ansatz, weil sie die wissenschaftlichen Erkenntnisse dieses Landes ressourcenübergreifend bündelt“. Die Strategie greife die derzeitige Situation in Deutschland auf und zeige die Ziele auf, „die wir erreichen wollen“.

Als Beispiel lenkte Spiering den Blick auf einen Teilbereich der deutschen Wirtschaft, der eine solche „Vorwärtsstrategie“ bereits mit einer „extrem guten Erfolgsquote“ praktiziere: die Landmaschinenteknik. Der Bereich verdeutliche, „was Effizienzsteigerung bedeutet“. So stecke in einem modernen Schlepper bereits heute in der Getriebe- und Motortechnik „ganz viel geistige Intelligenz“, die zeige, „welches Maß an Digitalisierung in Deutschland heute möglich ist“. Und der Landmaschinenbereich erwirtschaftete bereits einen Umsatz von ungefähr 8,5 Milliarden Euro – bei einer Exportquote von weit über 70 Prozent.

6

Auch die Entwicklung der Kohleverstromung in den letzten 30, 40 Jahren weise eine unglaubliche Effizienzsteigerung auf, so Spiering. „Bevor ich einen fossilen Brennstoff völlig verloren gebe, lohnt es sich, wie ich finde, im Rahmen der Hightech-Strategie darüber nachzudenken, ob man die Effizienz der Kohleverstromung nicht noch deutlich weiter steigern kann.“

## **KOMMUNEN**

### **Kommunen entlasten – Kita-Ausbau voranbringen**

In ihrem Koalitionsvertrag haben SPD und Union vereinbart, die Kommunen stärker finanziell zu entlasten, um ihre Handlungsfähigkeit sicherzustellen. Zudem soll der Ausbau der Kinderbetreuung für Unterdreijährige quantitativ und qualitativ forciert werden. Dadurch sollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert und die frühkindliche Bildung weiter vorangebracht werden. Auch hierbei werden Länder und Kommunen entlastet, indem der Bund sein finanzielles Engagement noch einmal verstärkt.



Dazu hat der Bundestag den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen ab 2015 und zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung (Drucksache 18/2586, 18/3443) am 04. Dezember 2014 in 2./3. Lesung beschlossen.

Mit der vollständigen Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung leistet der Bund bereits einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der kommunalen Finanzen. Im Zeitraum von 2012 bis 2017 werden es voraussichtlich 25 Milliarden Euro sein. Darüber hinaus hat die Koalition vereinbart, die Kommunen spätestens von 2018 an jährlich mit weiteren 5 Milliarden Euro finanziell zu unterstützen.

Im Vorgriff darauf wird der Bund die Kommunen bereits in den Jahren 2015 bis 2017 um 1 Milliarde Euro pro Jahr entlasten. Die SPD-Fraktion strebt an, dass die Entlastung der Kommunen 2017 bereits deutlich über 1 Milliarde Euro liegt.

Von 2015 an übernimmt der Bund einen größeren Anteil in Höhe von 500 Millionen Euro bei den Kosten der Unterkunft und Heizung für Bezieher von Arbeitslosengeld II (ALG II). Davon werden genau die strukturschwachen Kommunen mit besonders vielen ALG-II-Empfängern profitieren. Diese zielgenaue Entlastung war ein dringendes Anliegen der SPD-Fraktion. Zudem soll der Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer um 500 Millionen Euro steigen. Dies soll durch den Gesetzentwurf geregelt werden.

### **Mittel für Kita-Ausbau auf 1 Milliarde Euro aufgestockt**

Die Große Koalition hat beschlossen, die Länder und Kommunen auch bei der Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen zu unterstützen. Deshalb wird der Bund in dieser Wahlperiode die Länder um 6 Milliarden Euro entlasten. Ein Teil dessen wird durch den Gesetzentwurf festgelegt. Der Bund wird das seit 2007 bestehende Sondervermögen „Kinderbetreuungs-ausbau“ um 550 Millionen Euro auf 1 Milliarde Euro aufstocken. Dadurch wird ein drittes Investitionsprogramm von 2015 bis 2018 für den Kita-Ausbau ermöglicht.

2017 und 2018 verzichtet der Bund zudem zugunsten der Länder jährlich auf 100 Millionen Euro aus der Umsatzsteuer. Damit erhöht der Bund seine Beteiligung an den Betriebskosten der Kinderbetreuung, das soll u. a. der Sprachförderung zugutekommen.



Im Rahmen des Kita-Ausbaus sind Investitionsmaßnahmen förderfähig, die seit April 2014 begonnen wurden und neue Betreuungsplätze schaffen sowie Plätze erhalten, die ohne Erhaltungsmaßnahmen verlorengehen würden. Des Weiteren sollen insbesondere Maßnahmen unterstützt werden, die der gesundheitlichen Versorgung, der Inklusion von Kindern mit Behinderung und der ganztägigen Betreuung dienen. Dazu gehört z. B. die Einrichtung von Küchen und Verpflegungsräumen.

### **Länder müssen Zwischenbericht zum Kita-Ausbau vorlegen**

Die Regierung will zudem sicherstellen, dass die neuen Bundesmittel zusätzlich zu den Ausbauleistungen auf Landes- und auf kommunaler Ebene eingesetzt werden können. Die Länder sollen zum 1. März 2017 einen Zwischenbericht über die im Land jeweils erreichte Zahl von Kita-Plätzen für Kinder unter drei Jahren vorlegen.

Bei dem weiteren Ausbau der Kinderbetreuung soll vor allem eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung erreicht werden. Sie stärkt die frühkindliche Bildung und hilft, Familie und Beruf besser unter einen Hut zu bekommen. Insgesamt fördert dies die Entwicklung und Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

8

Bei dem weiteren Ausbau der Kinderbetreuung soll vor allem eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung erreicht werden. Sie stärkt die frühkindliche Bildung und hilft, Familie und Beruf besser unter einen Hut zu bekommen. Insgesamt fördert dies die Entwicklung und Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

## **HAUSHALT**

### **Den deutschen Meisterbrief schützen**

Die Koalitionsfraktionen haben die Bundesregierung mit einem Antrag aufgefordert, sich im Rahmen der Beratungen der Transparenzinitiative der Europäischen Kommission für den Erhalt des deutschen Meisterbriefs einzusetzen und das bestehende System der zulassungspflichtigen Handwerksberufe zu stärken (Drucksache 18/3317).

Die europäische Kommission möchte innerhalb der Europäischen Union Transparenz herstellen über die bestehenden Reglementierungen der Mitgliedstaaten. Das unterstützen die Koalitionsfraktionen. Jedoch sieht die EU-Kommission in der hohen Zahl von reglementierten





Berufen in den Mitgliedstaaten eine Barriere für den Binnenmarkt und tendiert zu der Einschätzung, dass qualifikationsbezogene Zugangsbeschränkungen wirtschaftshemmend wirkten, deren Abbau im Umkehrschluss aber mehr Wachstum und Beschäftigung auslösten.

Die Entwicklungen nach der Handwerksnovelle 2004, im Rahmen dessen 53 vormals zulassungspflichtige Gewerke dereguliert wurden, haben in Deutschland jedoch gezeigt, dass eine Zulassungsfreiheit im Handwerk nicht zwangsläufig zu einem „Arbeitsplatzboom“ führe, heißt es im Antrag. Vielmehr kam es unter anderem zu einem Anstieg von Ein-Mann-Betrieben, die selbst nicht ausbildeten und sich häufig nicht am Markt halten konnten, räumte auch Hans-Joachim Schabedoth, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie für die SPD-Fraktion, ein.

Zudem sind sich die SPD- und die Unionsfraktion einig: Der deutsche Meisterbrief hat eine besondere Bedeutung für die Qualifizierung junger Menschen im Rahmen des dualen Ausbildungssystems und für die erfolgreiche Unternehmerqualifizierung.

9

Daher nutzten die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen den Antrag und die Debatte auch, um die notwendige Stärkung der beruflichen Bildung und des deutschen Handwerks zu betonen. So forderten die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung unter anderem dazu auf, das Meister-BAföG weiterzuentwickeln, die Tarifbindung im Handwerk zu verfestigen und den Technologietransfer in das Handwerk hinein zu verbessern.

„Der Antrag ist ein weiterer Eckpfeiler auf unserem Weg, Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und Beschäftigung in der mittelständischen Wirtschaft auf Dauer zu sichern und zu stärken“, fasste die SPD-Abgeordnete Sabine Poschmann zusammen.

### **Berufsreglementierung soll nationale Angelegenheit bleiben**

Die Frage der Reglementierung von Berufen müsse weiterhin eine autonome Entscheidung der Mitgliedstaaten bleiben, sind sich die Bundestagsabgeordneten von Union und SPD einig. Das mache auch deshalb Sinn, weil andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union aktuell Bestrebungen zeigten, ebenfalls Strukturen der dualen Ausbildung in ihren Bildungssystemen



einzuführen und zu stärken. Das deutsche System der Berufsbildung könne hier sogar als Vorbild dienen.

## ASYLPOLITIK

### Situation von Asylsuchenden verbessern

Die Rechtsstellung von asylsuchenden und geduldeten Ausländern soll verbessert werden. Vorausgegangen war der Entscheidung das Gesetz zur Einstufung dreier Westbalkanstaaten als sichere Herkunftsstaaten. Für jenes Gesetz bedurfte es der Zustimmung des Bundesrates. Das Land Baden-Württemberg stimmte dem nach Verhandlungen mit der Bundesregierung schließlich zu, sodass die notwendige Stimmenanzahl in der Länderkammer zusammenkam. Die aus den Verhandlungen entstandene so genannte Protokollerklärung wird nun in einem Gesetz zur „Verbesserung der Rechtsstellung von asylsuchenden und geduldeten Ausländern“ umgesetzt.

Dazu gehört die Aufhebung der so genannten Residenzpflicht (eine Auflage für in Deutschland lebende Asylbewerber und Geduldete. Sie verpflichtet die Betroffenen, sich nur in dem von der zuständigen Behörde festgelegten Bereich aufzuhalten). Nun besteht künftig ab dem dritten Monat keine räumliche Beschränkung für Geduldete und Asylbewerber mehr.

Die Wohnsitzauflage soll dabei bestehen bleiben, um eine gerechte Verteilung der Kosten zwischen Ländern sowie Kommunen zu gewährleisten. Das entspricht der Beschlusslage der SPD-Fraktion aus der vergangenen Wahlperiode. Ausnahmen gelten bei rechtskräftigen strafrechtlichen Verurteilungen, Verdacht auf Drogendelikte und konkret bevorstehenden Abschiebungsmaßnahmen. Zudem sollen im Asylbewerberleistungsgesetz künftig Geldleistungen gegenüber Sachleistungen vorrangig sein. Auch das entspricht SPD-Forderungen. Der Bundestag hat dem Gesetzentwurf am Donnerstag in 2./3. Lesung zugestimmt (Drucksache 18/3144, 18/3160).

Parallel hat das BMAS per Verordnung geregelt, dass künftig die Vorrangprüfung für Asylbewerber und Geduldete nach 15 Monaten entfällt. Sie entfällt sofort, wenn die Betroffenen hochqualifiziert sind oder eine deutsche oder in Deutschland anerkannte Ausbildung haben. Die Verordnung ist bereits im November in Kraft getreten.